



Der Entwurf der Direktive des IX. Parteitag der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980 enthält die Zielstellung, „die vom VIII. Parteitag beschlossene Hauptaufgabe, ... in der Einheit ihrer beiden Seiten als langfristige strategische Orientierung konsequent weiter durchzuführen.“¹ Es wird die immer engere Gestaltung des Wechselverhältnisses zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Aufgabe gestellt.

Die erfolgreiche erste Bilanz dieses mit dem VIII. Parteitag eingeschlagenen Kurses liegt in den Ergebnissen des 5-Jahrplanes vor.² Das besagt jedoch nicht, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik bisher unabhängig voneinander entwickelt wurden. Ihre im-

mer engere Verflechtung ist ein wesentliches Merkmal des Sozialismus überhaupt, wie es auch im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus seinen Ausdruck findet. Erstmals realisiert die Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft ihr Ziel, die soziale Entwicklung der Gesellschaft planmäßig zu gestalten. Als machtmisierende Klasse setzt sie dafür die ökonomischen Ergebnisse der Volkswirtschaft ein und verbindet in zunehmendem Maße das Anwachsen der materiell-technischen Basis mit den sozialen und ökonomischen Zielen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind deshalb sowohl eine wesentliche Ausdrucksform des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes als auch der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es:

„In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozess der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befähigen.“³ Heute stellt die Partei die Aufgabe, die sozialistische Lebensweise immer mehr auszuprägen, die untrennbar mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten verbunden ist.⁴

Wenn wir heute die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders betonen, dann deshalb, weil quantitativ und qualitativ immer bessere Voraussetzungen zur Verwirklichung ihrer innewohnenden Verflechtung bestehen und weil der heute erreichte Stand der gesellschaftlichen Entwick-

lung unseres Landes gesetzmäßig den Ausbau dieser Einheit verlangt. Im bisherigen Verlauf des sozialistischen Aufbaus hat unsere Gesellschaft aber auch Erfahrungen gesammelt in der Planung nicht nur der ökonomischen Prozesse, sondern auch hinsichtlich der Planmäßigkeit der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, hinsichtlich der Einbeziehung sozialer Zielstellungen in den Planungsprozess. Die Zunahme der Planmäßigkeit in der Herstellung der Verbindung zwischen Volkswirtschaftlicher und sozialer Entwicklung charakterisiert unseren gegenwärtigen Entwicklungsstand.

Die Partei stellt für die soziale Entwicklung hohe Ziele, die, sind Zielstellungen, die nur im Sozialismus gestellt und realisiert werden.

Während in den Ländern des Monopolkapitals der technische Fortschritt zur Verschärfung der Krise führt, die Werktätigen mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit konfrontiert werden und für die Jugend die Chancen beruflicher Entwicklung immer geringer werden, sieht die sozialistische Gesellschaft als „das höchste Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus... die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen.“⁵

L. I. Breschnew stellte auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU fest:

„Die Partei geht auch davon aus,

Zu Problemen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von Prof. Dr. Helga Ulbricht, Sektion Wirtschaftswissenschaften

die nur in Wechselwirkung mit der Erfüllung der anspruchsvollen volkswirtschaftlichen Aufgaben erreicht werden können. Dazu gehören:

- Lösung der Wohnungsfrage bis 1990
- planmäßige Gestaltung sozialistischer Arbeitsbedingungen, zugleich als Ausdruck der weiteren Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit, so daß Arbeitsfreude, Einsatzbereitschaft und Schöpfergeist sowie Streben nach Ordnung, Sicherheit und Disziplin gefördert werden.
- Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter konsequenter Beachtung und ständiger Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, der planmäßigen Einschränkung körperlich schwerer und gesundheitsgefährdender Arbeit und Erhöhung der Unfall-sicherheit.
- Ausbau der geistig-kulturellen Betreuung der Werktätigen in den Betrieben
- konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Lohnpolitik bei gleichzeitig wachsender Bedeutung der gesellschaftlichen Fonds, für Maßnahmen der Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens, der Volksbildung und von Kultur und Sport.
- differenzierte Verlängerung des Erholungsurlaubes und schrittweiser Übergang zur 40-Stunden-Arbeitswoche in Abhängigkeit von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität

daß die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen zu einem immer dringenderen Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung selbst, zu einer wichtigen ökonomischen Voraussetzung für die rasche Steigerung der Produktion wird.

„Es geht um die Schaffung der Bedingungen, die die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten und der schöpferischen Aktivität der Sowjetmenschen, aller Werktätigen, begünstigen, das heißt, um die Entwicklung der Hauptproduktivkraft der Gesellschaft,“⁶ Das bedeutet aber, da die Werktätigen in ihrer Persönlichkeit zugleich die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft repräsentieren: Sie verkörpern unter sozialistischen Produktionsverhältnissen in ihrer Person selbst die entscheidenden Grundvoraussetzungen und die Zielstellung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

mer engere Verflechtung ist ein wesentliches Merkmal des Sozialismus überhaupt, wie es auch im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus seinen Ausdruck findet. Erstmals realisiert die Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft ihr Ziel, die soziale Entwicklung der Gesellschaft planmäßig zu gestalten. Als machtmisierende Klasse setzt sie dafür die ökonomischen Ergebnisse der Volkswirtschaft ein und verbindet in zunehmendem Maße das Anwachsen der materiell-technischen Basis mit den sozialen und ökonomischen Zielen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen sind deshalb sowohl eine wesentliche Ausdrucksform des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes als auch der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es:

„In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozess der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befähigen.“³ Heute stellt die Partei die Aufgabe, die sozialistische Lebensweise immer mehr auszuprägen, die untrennbar mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten verbunden ist.⁴

Wenn wir heute die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders betonen, dann deshalb, weil quantitativ und qualitativ immer bessere Voraussetzungen zur Verwirklichung ihrer innewohnenden Verflechtung bestehen und weil der heute erreichte Stand der gesellschaftlichen Entwick-



ZUM AUSSCHNEIDEN

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

1975 war für Kuba ein gewichtiges Jahr. Das Jahr des ersten Parteitages der kommunistischen Partei und ihrer über 200.000 Mitglieder. Das sozialistische Kuba leitete mit dem ersten Parteitag bedeutende und tiefgreifende Veränderungen auf allen Ebenen der kubanischen Gesellschaft, im politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Leben ein. Das Jahr 1976/80 werden eine der arbeitsintensivsten Perioden in der Geschichte der kubanischen Revolution sein - eine Vielzahl objektiv herangereifter und komplizierter Probleme gilt es in Angriff zu nehmen und zu lösen.

In den ersten 10 Jahren der kubanischen Revolution konnte die Entwicklung der Wirtschaft nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen - es ging primär um das Stabi-

reichen der Volkswirtschaft halfen wesentlich bei der Lösung von Versorgungsschwierigkeiten und der Überwindung der negativen Folgen der US-Wirtschafts- und Handelsblockade. Gingen bis 1959 über 60 Prozent des kubanischen Exports in die USA und kamen über 70 Prozent der Importe von dort, so hat sich der Anteil der RGW-Länder am Außenhandel Kubas von ehemals weniger als 3 Prozent auf heute über 60 Prozent beim Export und etwa 70 Prozent des Imports erhöht. Das sozialistische Kuba nimmt heute einen festen Platz unter den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft ein - das fand nicht zuletzt Ausdruck in der RGW-Mitgliedschaft seit 1972. Betrug die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zwischen 1966/70 3,9 Prozent jährlich, so zeugt der durch-

Kuba im Jahr 1 des Fünfjahrplans

halten gegen direkte und indirekte militärische Aggression, Diversionstätigkeit, gegen Wirtschaftsblockade und Boykott, vor allem seitens des US-Imperialismus. „Ohne die internationale Solidarität, ohne die Unterstützung, die die Klassenbrüder der ganzen Welt, insbesondere das große Volk der Sowjetunion uns erwiesen haben, wären die kubanischen Revolutionäre nur zum Heldentod verurteilt gewesen“, hob Fidel Castro in seinem Rechenschaftsbericht hervor. Wenige Zahlen sollen das veranschaulichen: Allein die UdSSR hat ständig 100 Schiffe zwischen Kuba und Häfen der sozialistischen Länder im Einsatz, die Lieferung von 5 Mio t sowjetischen Erdöls sicherten die kubanische Elektroenergieerzeugung und die UdSSR bezog von 1960 bis 1974 über 29 Mio t kubanischen Zucker zu stabilen und vorteilhaften Preisen. Lebensnotwendige Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen, industriellen Konsumgütern und Nahrungsmitteln aus den RGW-Ländern, die vielfältige Unterstützung des Industrialisierungsprozesses durch vereinte Hilfe und die Errichtung neuer Produktionskapazitäten in der Energiewirtschaft, Zuckergewinnung, Landwirtschaft und anderen Be-

schnitliche Jahreszuwachs von über 10 Prozent im Zeitraum 1971/75 von zunehmender Stabilisierung und Konsolidierung der kubanischen Wirtschaft. Umfangreiche Projekte mit Unterstützung der RGW-Länder in der Zuckerproduktion, der Nickelgewinnung, der Zellstoffgewinnung aus Zuckerrohrabgüssen und dem Anbau von Zitrusfrüchten prägen die engere Zusammenarbeit und die Mitwirkung Kubas an der sozialistischen ökonomischen Integration in den kommenden Jahren. Die konsequentere Nutzung der Erfahrungen der sozialistischen Länder bei der Gestaltung der kubanischen Wirtschaft und die Verwirklichung des neuen Systems der Wirtschaftsgleitung mit der festen Verknüpfung zwischen Lohn und Arbeitsnorm, zwischen moralischen und materiellen Stimuli im Sinne des Verfassungsgrundsatzes „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ wird entscheidend dazu beitragen, die Ziele des ersten Fünfjahrplanes mit Leben zu erfüllen und komplizierte Entwicklungsprobleme zum Nutzen des kubanischen Volkes und zur Erhöhung seiner Beispielfalle auf dem amerikanischen Kontinent zu lösen.

Dr. Gerd Grubbe

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN



G. Wallraff
in Athen
Bemerkungen zum Buch
Von Dr. J. Werner

1967 bis 1974 regierte in Griechenland eine militärfaschistische Junta. In einigen Ländern, sogar in NATO-Staaten, gab es offizielle Proteste gegen den Terror der Obristen, nicht in der Bundesrepublik. Als im Europarat Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande gegen Griechenland Beschwerde bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte einlegten, unterstützten Island, Belgien, Luxemburg diesen Schritt, und in England verurteilte die Regierung vor dem Unterhaus die „Diktatur in Griechenland und die Bestialitäten, die dort verübt worden sind“. Die BRD ergriff keine entsprechende Initiative, ja der damalige Bundespräsident Lübke bekräftigte gegenüber dem griechischen Botschafter in Bonn die „traditionelle Freundschaft“ beider Länder, die sich „auf das hohe Ideal der Freiheit“ gründet. Im Europarat plädierte die BRD nicht für den von den anderen Mitgliedern beantragten Ausschluss des (NATO-Mitgliedes) Griechenland, nur für die Suspendierung seiner Mitgliedschaft. Allerdings reagierte damals die von Kiesinger (CDU) geführte Große Koalition. Die (mitregierende) SPD verabschiedete auf ihrem Parteitag eine antifaschistische Griechenland-Resolution, und einzelne Mitglieder von SPD und FDP beteiligten sich aktiv an Solidaritätsaktionen für griechische Demokraten, doch engagierte sich kein westdeutscher Sozialdemokrat so stark wie z. B. der SPD-Vorsitzende Pittermann. Als 1969 der Regierungswechsel in Bonn erfolgte, änderte sich wenig an der offiziellen Haltung Bonns. Zwar sagte Außenminister Scheel 1973 nach dem Novembermassakern in Athen eine Griechenlandreise ab, und der von der Junta verfolgte Jurist Prof. Mangalakis wurde 1972 in einem Flugzeug der Bundeswehr aus Griechenland ausgeflogen; zwar warfen Politiker und Unternehmer im CSU-regierten Bayern der Bundesregierung vor, ihre gewisse Di-

stanz gegenüber dem Obristenregime bringe der westdeutschen Wirtschaft Nachteile, die sie durch eine Athen-Reise von F. J. Strauß auszugleichen suchten; aber aufs Ganze gesehen blieb es in der BRD bei vereinzelten, meist privaten Aktionen wie von Günter Grass und literarischen Manifestationen wie Rolf Hochhuths Stück „Loystrate und die NATO“. Am meisten engagierte sich Günter Wallraff, Mitbegründer des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“, Mitglied der Dortmunder Gruppe 61 und des westdeutschen PEN-Zentrums. In seinen bekannten Reportagen (1968 ff.), die z. T. auch in unserer Republik erschienen (drei davon wurden unlängst in Adlershof ausstrahlbar), halfte er außer der „Sozialpartei“ auch Erscheinungen wie die Remilitarisierung und das Auftreten Rechtsradikaler in der BRD attackiert, die amerikanische Vietnampolitik ebenso wie die Ausbeutung und Unterdrückung griechischer „Gastarbeiter“ in der BRD 1974 unternahm er in Athen eine Protestaktion gegen die Junta. Er wurde zusammengeschlagen, verhaftet, gefoltert und zu 14 Monaten Haft verurteilt. Führende Politiker wie G. Mavros würdigten Wallraffs Auftreten als mutigen und wirkungsvollen Beitrag zur Befreiung ihres Volkes von der Diktatur. Progressive Kräfte in aller Welt protestierten gegen seine Behandlung und seine Verurteilung, in der BRD z. B. Böll, Leoz, Walser. Das Strauß-Organ „Bayernkurier“ dagegen sprach gehässig von „Politclownerie als Ersatz für schriftstellerische Begabung“, für die „der größte Agitator ... eine Tracht Prügel bezog“.

Als die Junta endgültig abgewirtschaftet und Karamanlis die Regierung übernommen hatte (vgl. UZ 36/1974; Hellas zwischen Offenbarungseid und Wahl), wurde Wallraff freigelassen. Aber schon vorher bereitete er mit dem fortschrittlichen BRD-Journalisten E. Spoo die Veröffentlichung eines Griechenlandbe-

richtes vor. Er erschien unter dem Titel „Unser Faschismus nebenan“ im Verlag Kiopenheuer und Witsch, der auch andere engagierte Literatur wie Wallraffs Reportagen und Bölls Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ herausbrachte. Das Buch ist auch nach dem Sturz der Junta unvermindert aktuell, einmal für Griechenland selbst, wo die von rechts drohenden Gefahren noch immer nicht gebannt sind (vgl. UZ 43/1974; Hellas: Wahlergebnisse und Hintergründe), aber auch für andere Länder, wo der Faschismus noch herrscht oder zur Macht kommen könnte. („Schwefelbrandfaschismus“ wie in Italien). Insbesondere spüren die Autoren den Gefahren eines möglichen Faschismus in der BRD nach, „die nicht so unbedeutend sind, wie es dem erscheinen mag, der etwa nur die Wahlergebnisse der NPD betrachtet.“ Wallraff entlarvt Förderer und Nutznießer des Athener Militäregimes in der BRD. Dementsprechend treten zu Abschnitten wie „Wallraffs Griechenlandbericht“ und „Kasimir von Hittlingers“ Ausführungen von Mitautoren wie J. Weber und M. Nikolajew über westdeutsches Kapital in Griechenland, westdeutsche Militärhilfe, Athen-Reisen von CDU-Politikern, die Terrorisierung griechischer „Gastarbeiter“ in der BRD, Wallraff-feindliche Tendenzen in westdeutschen Massenmedien. Doch ist zugleich von denen die Rede, „die sich gegen den Faschismus, für seine Opfer engagiert haben, Beispiele, die beweisen, daß jeder Demokrat, jeder einzelne von uns, Möglichkeiten hat, zum Kampf gegen den Faschismus, der heute vor allem in Chile und noch immer in Spanien wütet, wirksam beizutragen“. Der durch ein Geleitwort des progressiven Theologen H. Gollwitzer eingeleitete Band wird von einer Dokumentensammlung (Fotos, Faksimiles) beschlossen. Ein gutes Buch im Dienst einer guten Sache.

In dem Griechenlandbuch wird deutlich: Wallraff hält die Welt, in der er lebt für veränderungsbedürftig und für veränderbar. Er arbeitet daraufhin, über Veränderungen seines Publikums auch die Zustände selbst im Sinne des Fortschritts zu verändern, sei es „nur“ als literarischer Gestalter von Realität - und zwar als realistischer Gestalter, sei es auch unmittelbar als Aktor wie in Athen, wo er wie in zahlreichen anderen Fällen mit unkonventionellen Mitteln „produktive Provokation“ leistete. Der Systemkritiker Wallraff gehört zu den „Elementen einer sich entwickelnden demokratischen und sozialistischen Kultur“ (Kurt Hager) in der BRD und verdient schon insofern unsere Aufmerksamkeit.